



Württembergische Landtagsprotokolle: Zeitleiste

Jahr / Zeitraum	Geschehen im Landtag	Zeitkontext	Personen / Zitate	Besonderheiten
15.9.1796	Vorparlament in Nagold: Für häufigere Landtagssitzungen, gegen geistliche Schulaufsicht, für Volksmiliz			
22.9.1796 / 17.3.1797	Einberufung / Eröffnung des Landtags			
1797-1799	„Reform-Landtag“: Macht der Ausschüsse und Konsulenten gebrochen; Eintreten für Freiheitsrechte und Partizipation	23.12.1797: Regierungsantritt des ersten evangelischen Landesherrn seit 1733	Friedrich II. / I. (Herzog / König) (1754-1816): zunächst positiv zu Ständen	Abweichend von früheren Landtagen: 12 Prälaten, 68 weltliche Abgeordnete, dazu Konsulenten
1797	Forderung nach proportionalen Wahlkreisen statt korporativer Vertretungen			
1798	Kontroverse um Heeresreform: Herzog für stehendes Heer, Landstände für Volksmiliz			
1805	Aufhebung der altwürttembergischen Stände			
11.1.1815 / 15.3.1815	Einberufung / Eröffnung einer allgemeinen Ständeversammlung nach Stuttgart		31 Standesherrn, 19 Ritter, 8 Kirchenvertreter, 1 Uni-Vertreter, 71 Gewählte	Erweitertes Wahlrecht: ab 25 Jahre, gewisser Grundbesitz
15.3.1815	Ablehnung der vom König oktroyierten Verfassung. Altrechtler für modifizierte altwürttembergische Verfassung		Herzog Christoph (1515-1568) als Idealbild der Altrechtler. „Parta tueri“: das Erworbene schützen	König schlägt Landtagssitzungen im 3-Jahres-Zyklus vor. Ein-Kammer-System
8.6.1815		<i>Deutsche Bundesakte</i> als Verfassung des beim Wiener Kongress geschaffenen Deutschen Bundes		Forderung nach <i>landständischen Verfassungen</i> in den Einzelstaaten
28.7.1815 / 15.10.1815	Auflösung / Wiedereinberufung des			

	Landtags nach Tumulten			
1815			Ludwig Uhland (1787-1862): Der Deutsche ehrt in allen Zeiten / Der Fürsten heiligen Beruf; / Doch liebt er, frei einher zu schreiten, / Und aufrecht, wie ihn Gott erschuf. (<i>Vaterländische Gedichte V/2</i>)	
1816	Erstmals Vorschlag eines Zwei-Kammer-Systems. Altrectler dagegen		Ludwig Uhland: Wo je bei altem, gutem Wein / Der Würtemberger zecht, / Da soll der erste Trinkspruch seyn: / das alte, gute Recht! (<i>Das alte gute Recht der Würtemberger, Trinkspruch, 1</i>)	
30.10.1816		Tod König Friedrichs I.	Amtsantritt König Wilhelms I. (1781-1864): freisinnig / nationaldeutsch	
2.6.1817	Ablehnung des Verfassungsentwurfs Wilhelms I. (vom 5.3.1817) nach Ultimatum des Königs	Hungersnot. Unruhen	Ludwig Uhland: Jetzt wahret, Männer, eure Würde, / Steht auf zu männlichem Entscheid! /... Es ist so viel schon unterhandelt, / Es ist geschrieben fort und fort, / Es ist gesprochen und gesandelt - / So sprecht nun euer letztes Wort! (Den Landständen zum Christophstag 1817, Strophe 3)	Zwei-Kammer-System, keine Steuerkasse der Stände, kein Ständischer Ausschuss
4.6.1817	Auflösung der Ständeversammlung			
1817		Volksabstimmung über Verfassung: Mehrheit dafür		Abstimmung nach korporativem Wahlrecht Altwürttembergs
1817		Pressefreiheit in Württemberg		
18.11.1817 / 31.12.1818		Edikte Wilhelms I.: z.B. Aufhebung der Leibeigenschaft, weniger Feudallasten, Auswanderungsfreiheit		

13.7.1819	Einberufung der Ständeversammlung nach Neuwahl		Nur 27 Abgeordnete wiedergewählt. Schwächung der Opposition	Wahl nach neuer Wahlordnung (individuell)
23.9.1819	Zustimmung zur beratenen, nicht oktroyierten Verfassung			Einstimmig. Verfassung als Kompromiss der Interessen
1.10.1819		<i>Karlsbader Beschlüsse:</i> Zensur. Akzeptanz nur landständischer Verfassungen		
25.5.1820		<i>Wiener Schlussakte:</i> bestehende landständische Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Weg zu ändern		
1821	Reform der Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer			
1.3.1822	Verwaltungsedikt für Gemeinden und Amtskörperschaften			
1824		Politischer Geheimbund an Uni Tübingen entdeckt. Verbot als Studienort für Preußen		
1825	Kontroverse über Vorgehen der Polizei gegen rebellische Studenten (1. Kammer dafür, 2. dagegen)			
1825	Neuwahl: viele Beamte im Landtag		Nur 42 von 85 Abgeordneten wiedergewählt	
1826-1828	Sparsame Haushaltsführung, Effizienz der Verwaltung als Hauptanliegen			
1828	Gewerbeordnung: weitgehende Gewerbefreiheit			Reform (noch nicht Beseitigung) der Zunftordnung
1828	Zollverein mit Bayern			
1828	Judenemanzipation			1833 zurückgenommen
1829	Handelsvertrag mit preußisch-hessischem Zollverein			
18.4.1831		Liberales Universitätsstatut		Aufhebung der Beschränkungen seit den Unruhen 1825
15.10.1831		Lockerung der Pressezensur. Gründung vieler Zeitungen		

16.1.1832		Verbot der Gründung von Ortsvereinen der Parteien		
30.4.1832		<i>Bad Boller Erklärung:</i> Gegen Zensur und Parteiverbot		
27.5.- 1.6.1832		<i>Hambacher Fest:</i> Für Einheit, Freiheit, Volkssouveränität		
5.7.1832	Kontroverse über Anwendung von Bundesrecht	Zensur und Parteiverbot aufgrund von Bundesgesetzen		
15.1.- 22.3.1833	Sog. „ <i>vergeblicher Landtag</i> “		93 Abgeordnete: 39 Liberale, 32 Regierungstreue, Rest unentschieden	
15.2.1833	Motion Pfizers gegen Bundesbeschlüsse und monarchisches Prinzip			1.3.1833: Gutachten des Geheimen Rates gegen Eingabe Pfizers
29.3.1833		König verspricht in Ansprache Entlastungen und Wohlstand		
1833	Forderungen nach Presse- und Versammlungsfreiheit. Streit über Zehntumwandlung		Friedrich Römer als Sprecher der Opposition	
20.5.1833- 19.12.1835	Liberale für Sicherung der Landesverfassung gegen Bundeseingriffe		32 Liberale. König Wilhelm I. verweigert persönliche Eröffnung.	
22.3.1833 / 1.1.1834	Mit 64 gegen 22 Stimmen 2. Kammer für Deutschen Zollverein	Unterzeichnung / Inkrafttreten des Zollvereinungsvertrags	Albert Schott für Zollverein, Uhland, Römer, Pfizer dagegen	
Oktober 1834		Bundesschiedsgericht eingesetzt		
1836	Ablösung der Fron, Entschädigung leibeigenschaftlicher Leistungen			
1836	Volksschulgesetz: Kompromiss der Interessen von Staat und Kirche. Bessere Versorgung der Lehrer			Katholiken zunehmend in Opposition. Beginn konfessioneller Interessenpolitik
1838	Neues Strafgesetzbuch: Teilweise Milderungen, aber harte Strafen für politische Vergehen	Landtag im Volksmund als „Amtsversammlung“ verspottet		Keine Änderung des Jagdrechts. Interessenpolitik der Standesherrn
1838	Protest gegen Aufhebung der hannoverschen Verfassung		Berufung G.H.A. Ewalds an Universität Tübingen	Gemeinsamer Protest von König und Landtag

1839-1844			Regierungspartei: Zweidrittelmehrheit in 2. Kammer	
1839	Strafpolizeigesetz			Standesherrn behalten befreiten Gerichtsstand
1841-1843	Kontroverse über Strafprozessordnung			
November 1841		Johann Baptist von Keller beschwert sich über staatliche Beschränkung bischöflicher Rechte		
1842	Abhängigkeit kirchlicher Verordnungen von königlicher Erlaubnis			Kontroverse über zentralistischen oder nationalkirchlichen Charakter der katholischen Kirche
1843 / 1845	Gesetzentwurf / Beschluss zum Eisenbahnbau		Friedrich List wichtiger Eisenbahnpionier	Einsetzung von 10.000 Bauarbeitern
1844	Schleswig-Holstein-Frage (Deutsche Einheit) diskutiert			
1845-1848			Bewegungspartei: ca. 40 Sitze (von 93) in 2. Kammer	
1847	„Teuerungslandtag“: Stark erhöhte Staatsschulden wegen Eisenbahnbau			
1847		Hungerkrawalle in Ulm und Stuttgart		Kommunen stellen Sicherheitswachen auf
22.1.-28.3. 1848	Bei Eröffnung Distanzierung von Metternich, Pressefreiheit diskutiert			
6.3.1848	Zweistundenministerium			
Ab 7.3. 1848	<i>Märzministerium</i> : 1. Parlamentarische Regierung		Friedrich Römer leitender Minister	
März 1848	Reformen: Presse- und Versammlungsfreiheit, Ablösung bäuerlicher Lasten, Volksbewaffnung			
1848		Militär auf Verfassung vereidigt		
18.5.1848		Eröffnung der Frankfurter Nationalversammlung		
20.9.1848- 11.8.1849	Sog. „Langer Landtag“		J.J. Ruoff: Statt „furchtlos und treu“ wird Arbeit des Landtags durch	Kein einziger Anhänger der alten Regierung vor 1848

			1. Kammer „fruchtlos und teuer“ (zit. nach A.E. Adam, Verfassung, S. 91)	wiedergewählt.
September 1848	Kontroverse über Konfession als Zulassungskriterium		Johannes Scherr 1. Abgeordneter aus nicht anerkannter Konfession	
17.1.1849	Zustimmung zu Grundrechten des deutschen Volkes			
Mai / Juni 1849		Umzug der Frankfurter Nationalversammlung nach Stuttgart, Ausweisung		
1849	Ablösung des Zehnten und der Jagddienste. Aufhebung der standesherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizei. Direktwahl der Gemeinderäte			
1849	Streit um Annahme der Frankfurter Reichsverfassung			
26.9.1849		Wilhelm I. lehnt Beitritt zu Dreikönigsbündnis mit Preußen ab		
1849/1850	Neues Wahlrecht: ohne Bekenntnisbindung, gleich, nicht allgemein			
1.12.1849- 6.11.1850	Drei Landesversamm- lungen zur Revision / Beratung der Verfassung		Starke liberale Mehrheit in 2. Kammer	Verfassungsent- würfe diskutiert, kein Beschluss
1850	Hohenzollernfrage: antipreußische Thronrede		Wilhelm I. 1849 / 1850: „Soll ich mich denn nicht ärgern, ... daß mir die verfluchten Pickelhauben auf meinen Hohenzollern hinsizen“ (Schwäbischer Merkur / 2. Abt., 24.9. 1898, S. 1997)	Auflösung des Landtags wegen des Streits bei Deutscher Frage
1851		Württemberg übernimmt Post von Familie Thurn und Taxis		
1851-1856	Rezeption von 1848 als Kontroversthemata		Mitte-Rechts-Lager stärker: Reg.-Partei ca. 35, Lib.-Dem. ca. 35, Dem. ca. 20	Wahl und Gliederung nach Verfassung von 1819
1856	Zusammenschluss von Rechts- und Linksliberalen:			

	Fortschrittspartei			
1856-1862			Reg.-Partei ca. 51, Fortschritt ca. 40	
1857	Regierungsvorlage für ein Konkordat, Überarbeitung im Landtag			
1861	<i>Konkordat</i>			
1861 / 1862	<i>Kirchengesetz:</i> Einschränkung des staatl. Aufsichtsrechts gegenüber katholischer Kirche			Staatsbürgerliche Rechte unabhängig vom religiösen Bekenntnis
1862	Gewerbeordnung: Aufhebung des Zunftzwangs			
1864		Tod König Wilhelms I.	Amtsantritt König Karls I. (1823-1891)	
1864	Volle Gleichstellung der Juden		Eduard Pfeiffer ab 1868 1. jüdischer Abgeordneter	
1866	Spaltung der Liberalen wegen Deutscher Frage.		Fraktionsgemeinschaft bis 1868	1864-1866: Kontroversen in Fortschrittspartei
1866		Erstmals Stuttgarter Dreikönigstreffen der Volkspartei		
1867		Einführung der evangelischen Landessynode	Erste Politiker in Landessynode: Duvernoy , Egelhaaf , Göz und Riecke	
1867	32 Gegenstimmen gegen Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen			
1867	Allgemeines Wahlrecht, Massendemokratie			
1868-1870	Deutsche Frage, Militärsystem Hauptstreitpunkt	Protestbewegung für demokratisches Milizheer	Reg.-Partei ca. 30, DP ca. 14, VP ca. 29, Großdeutsche ca. 15	Erstmals Großdeutsche als eigene Fraktion
22.7.1870	Württemberg bewilligt als letzter Teilstaat die Kriegskredite	Deutsch-Französischer Krieg		Kleindeutsche Lösung wird durch Kriegsglück mehrheitsfähig
5.12.1870 / 1870-1876		Wahlsieg der Befürworter der kleindeutschen Lösung	Reg.-Partei ca. 20, DP ca. 33, VP / Großdeutsche 17	Kooperation zwischen Landes- und Reichsparteien
1870	Erstmals Beschluss zweistatt dreijähriger Haushaltspläne			
19.12.1870	Zustimmung: Beitritt Württembergs zum Deutschen Reich			
1.1.1871		Württemberg deutscher Bundesstaat		Zahlreiche Reichsgesetze auf Württemberg

				übertragen
16.4.1871		Geltung der Reichsverfassung. Einheitliches Zoll- und Handelsgebiet		Abgabe von Kompetenzen auf Bundesebene
1873	Billigung der Zuständigkeit des Reichs für das bürgerliche Recht			
23.6.1874	Reformgesetz: Kompetenzerweiterung des Landtags		Immunität der Abgeordneten	Gesetzesinitiative für beide Kammern, Öffentlichkeit der Sitzungen
1874	Württembergisches Ausführungsgesetz zum Reichspressegesetz			Erweiterung der Pressefreiheit gegenüber 1817
1875	Gesetz zur Zivilehe			
1876	Ablehnung: Übernahme der Eisenbahn durch das Reich			
1876-1882			DP stärkste Partei, VP geschwächt, Landespartei neu	
1881	Beitritt zur reichsweiten Branntweinsteuergemeinschaft			
24.3.1881	Einführung der Erbschaftssteuer			
1882-1889			VP leicht gestärkt (mit Unabhängigen 23), DP weiter stärkste Partei (23)	
16.6.1882	Angleichung des Landtags- an das Reichstagswahlgesetz			Sofortige Stimmzählung nach Ende der Wahl; 1 Wahltag
Mai 1885	Regierungsvorlage zur Erweiterung der 1. Kammer in 2. Kammer abgelehnt			
14.6.1887	Trennung kirchliche / bürgerliche Gemeinden			Selbstverwaltung des Kirchenvermögens
1887 / 1888	Verfassungsänderungen ohne Mehrheit in 2. Kammer			
20.12.1888	Möglichkeit zu Zwangsenteignungen wegen Eisenbahnbau			
1889-1895			VP 21, DP 29, Landespartei 21	Zentrumspartei erstmals im Landtag (noch nicht als Fraktion)
21.5.1891	Verwaltungsnovelle: Selbstverwaltung, hierarchisch gegliedert			13.6.1891: Volksschule weiter unter geistlicher Aufsicht

		Tod König Karls I.	Amtsantritt König Wilhelms II. (1848-1921)	
22.10.1891	Thronrede: Verfassungsreform angekündigt			
1.12.1893	Kontroversen über „Verpreuung“ ab 1894	Bebenhuser Konvention		Angleichung des Dienstrechts für Offiziere in Würtemberg und Preußen
8.4.1894	Regierungsentwurf zu Verfassungsänderung in 2. Kammer abgelehnt			Verringerung der Zahl der Privilegierten u.a.
1895-1900		Kontroversen über Verfassung und Steuerpolitik im Wahlkampf	VP 31, DP 13, Z 20, SPD 2, Freie Vereinigung: 27	SPD erstmals im Landtag
Juni 1897 / 21.12.1898	Regierungsentwurf zu Verfassungsänderung in 2. Kammer abgelehnt		Karl Hugo von Weizsäcker: Was nicht im Frieden, zu rechter Zeit und auf Grund klarer Erkenntnis erreicht wird, wird sich einmal im Sturm durchsetzen (zitiert nach A.E. Adam, Verfassung, S. 198)	Zentrumspartei und Privilegierte dagegen
1898	Änderung des Kirchengesetzes. Einrichtung einer evangelischen Kirchenregierung			Staatsbeamte für Wechsel zur Kirchenverwaltung nicht mehr zu beurlauben
29.7.1899	Reservefonds zur Finanzierung der Eisenbahn			
31.7.1899	Trennung des Mesnerdienstes vom Schulamt			Einkommen der Lehrer verbessert
1.1.1900		Reichsweite Geltung des Bürgerlichen Gesetzbuches		
1900-1906	„Reformlandtag“		VP 28, DP 12, Z 20, SPD 5, Freie Vereinigung 28	Konservative / Bauernbund (zusammen 9), zunächst in Freier Vereinigung, beginnen Aufstieg
1.2.1902		Reichsweit einheitliche Postwertzeichen		
8.8.1903	Allgemeine progressive Einkommenssteuer			
Juni 1904	Volksschulgesetzreform scheitert an Zentrumspartei und 1. Kammer			Zulassung Nichtgeistlicher zur Bezirksaufsicht über Volksschulen

1.8.1905	Reservefonds für Waldbewirtschaftung			
15.6.1905 / 9.7.1906	Vorlage / Annahme der Verfassungsänderung (66 gegen 22 Stimmen in 2. Kammer, 1. Kammer einstimmig)			2. Kammer reine Volkskammer. Verstärkung der 1. Kammer. Teilweise Verhältniswahl
11.7.1902 / 28.7.1906	Entwurf / Verabschiedung Gemeinde- und Bezirksordnung			Mehr kommunale Selbstverwaltung
1906	Personentarifreform bei Eisenbahn			Ablehnung: Anschluss an preußisch- hessische Eisenbahnge- meinschaft
1906-1912			Z 25, VP 24, SPD 15, Kons. / BB 15, DP 13 „Schwarz-blauer Block“ entsteht	92 statt bisher 70 Abgeordnete gewählt. Sitzordnung nach Fraktionen
1.8.1907 / 23.7.1910	Verbesserung der Bezüge / Pensionen der Beamten			
1908	Kontroverse über Reichsvereinsgesetz			Reichsgesetz restriktiver als Landesgesetz
17.8.1909	Volksschulgesetz: Weniger kirchlicher Einfluss		Zentrumspartei Hauptgegner	Staatliche Bezirksschulämter, auch nicht- konfessionelle Schulen
1909	Kontroverse über Ausführungs- bestimmungen	Reichsweite Güterwagen- gemeinschaft	Nur DP und SPD für volle Eisenbahn- Gemeinschaft	
25.7.1910	Verlängerung der Reservefonds für Eisenbahn und Waldwirtschaft um 10 Jahre			
1911		Auflösung des Geheimen Rates		
1912	Kirchen als Körperschaften öffentlichen Rechts			Selbstverwaltung unter Oberaufsicht des Staates
1912-1918			Z 26, Kons. /BB 20, VP 19, SPD 17, DP 10	Ganzes Landtagspräsidium aus schwarz- blauem Block
Mai 1913	Bitte der 2. Kammer um Denkschrift zur Bildung eines Verkehrsministeriums			Erste Kammer lehnt ab, Minister z.T. auch gegen Kompetenz- Abgabe
1913	Lehrerbesoldungsgesetz: höhere Bezüge für Lehrer			
10.5.1914	Gemeindesteuerreform:			

	höherer Gemeinde-Anteil an Einkommenssteuer			
1914-1918	Kontroversen über kriegsbedingte Beschränkungen von Freiheitsrechten	Erster Weltkrieg		
1915	Einführung der Vermögenssteuer			
1916	Erhöhung der Einkommenssteuer			
6.10.1916		25jähriges Regierungsjubiläum König Wilhelms II.: Jubiläumsgabe der Stände		Parallel Sammlung einer Volksspende zur Linderung der Kriegsnot
1917-1918	Forderungen nach parlamentarischer Demokratie			Vorbehalte gegen Koalitionsregierungen
28.10.1918		Übertragung vieler Rechte von Kaiser auf Reichstag		
8.-9.11.1918	Zwei-Tage-Kabinett: spätere „Weimarer Koalition“		Kabinett Theodor Liesching	SPD, Liberale, Zentrumspartei
9.11.1918	Anordnung: Wahl einer Verfassungsgebenden Landesversammlung			
10.11.1918	Revolutions-Regierung der Räte, SPD, USPD		Rücktritt Lieschings	
11.11.1918	Liberale und Zentrumspartei mit in Regierung			USPD scheidet bald aus, in Opposition
30.11.1918		Thronverzicht Wilhelms II.		
2./11.12.1918	Neues Wahlrecht: Frauenwahlrecht, Verhältniswahl			Ein-Kammer-System
12.1.1919	Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung		SPD 52, DDP 38, Z 31, BP / BB 25, USPD 4	Vorläufige Fusion von Links- und Rechtsliberalen
15.3.1919	Gemeindeordnung: Staatsbürgerschaft Voraussetzung für Wahlrecht			
26.4.1919	Neue Verfassung des Freien Volksstaates Württemberg			Regierungschef von Landtag gewählt. Volksabstimmungen möglich
1.6.1919	Landesversammlung als Landtag weitergeführt			
23.6.1919	Bildung einer Landwirtschaftskammer			Berufskörperschaften für Handel / Gewerbe seit ca. 1855
14.8.1919	Keine Landeskompetenz	Weimarer		Auflösung des

	mehr bei Post, Eisenbahn, Militär	Reichsverfassung		württemberg. Kriegsministeriums
8.5.1920	Neues Wahlgesetz: 24 Wahlkreise, Verbindung Personen-/Listenwahl		Nur noch 101 statt 150 Abgeordnete	
1920-1924	Regierung Z / DDP, SPD (1921-1923, sonst toleriert)		BP / BB 28, Z 23, SPD 17, DDP 15, USPD 14, DVP 4	Erneute Spaltung in Links- und Rechtsliberale
1922			Fusion SPD / USPD	
1.12.1923	Geldabwertung		Zweidrittel- mehrheit	Befristetes Ermächtigungs- gesetz
3.3.1924	Kirchengesetz: Ende des landesherrlichen Kirchenregiments	Aufhebung des Gesetzes von 1861		
4.4.1924	Verfassungsänderung zu Landtag		Nur noch 80 statt 101 Abgeordnete	
1924-1928	Regierung BP / BB, Z		BP / BB 25, Z 17, SPD 13, KPD 10, DDP 9, DVP 3, Völk.-Soz. Block 3	
1928-1932	Regierung BP / BB, Z, ab 1930 auch DDP, DVP		SPD 21, BP / BB 19, Z 16, DDP 8, KPD 6, DVP 4, CSVD 3, Volksrecht 2, NSDAP 1	
1932-1933	Regierung Bolz (1928- 1932) geschäftsführend im Amt, Notverordnungen		NSDAP 23, Z 17, SPD 14, BP / BB 12, KPD 7, DDP 4, CSVD 3, DVP 0	Regierungsbildung aus Landtag heraus unmöglich
5.3.1933		Reichstagswahl		
31.3.1933	Gleichschaltungsgesetz: Auflösung des Landtags			
15.4.1933	Neukonstituierung des Landtags nach Stimmverteilung der Reichstagswahl			Kein Gesetzgebungs- recht des Landtags mehr
8.6.1933	Ermächtigungsgesetz		Auflösung aller Parteien außer NSDAP	Zweidrittel- mehrheit
14.10.1933	Auflösung des Landtags			Verordnung des Reichspräsidenten
30.1.1934	Aufhebung des Landtags			Reichsgesetz
30.6.1946	Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung Württemberg-Baden		CDU 41, SPD 32, Dem. VP 17, KPD 10	
24.10. / 24.11.1946	Verabschiedung / Volksabstimmung zu neuer Verfassung Württemberg-Baden			
22.11.1946	Beratende Landesversammlung Württemberg- Hohenzollern			
1946-1950	Verfassungsmäßiger Landtag:		CDU 39, SPD 32, Dem.VP 19, KPD 10	

	Allparteienregierung			
Mai 1947	Bestätigung der Landesverfassung Württemberg-Hohenzollern bzw. Südbaden in Volksabstimmungen			
1947-1952	Regierung Württemberg-Hohenzollern: CDU, SPD, Dem.VP		CDU 32, SPD 12, Dem.VP 11, KPD 5	
1947-1952	Regierung Südbaden: BCSV (bis 1948 auch SPD)		BCSV / CDU 34, SPD 13, DemP / FDP 9, KPD 4	
22.7.1949		Radio Stuttgart als SDR		
1950-1952	Regierung Württemberg-Baden: SPD / Dem.VP, bis 1951 auch CDU, KPD		SPD 34, CDU 28, Dem.VP 22, BHE 16	
9.12.1951		Volksabstimmung zur Bildung des Südweststaates		Südbaden: Mehrheit mit „Nein“
1951-1954	Ausbau des Flughafens Stuttgart			
9.3.1952-19.11.1953	Verfassungsgebende Landesversammlung Baden-Württemberg		CDU 50, SPD 38, FDP 25, BHE 6, KPD 4	Demokratische Volkspartei als FDP-Landesverband
1.5.1952		Staatsvertrag zu Südwestfunk		
1952-1953	Regierung: Dem.VP, SPD, BHE		Reinhold Maier 1. Ministerpräsident	Regierung gegen CDU als stärkste Partei
1952-1958	Ausbau des Neckarkanals, Elektrifizierung der Bahnstrecken			Verbindung der Zentren Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe
1952-1963	Bau der Rheintal-Autobahn			
25.4.1952		Offizielle Konstituierung des Landes Baden-Württemberg		
17.5.1952		Überleitungs-Gesetz: Quasi-Verfassung		
30.5.1952	Schluss-Sitzungen der Landtage der drei Teilstaaten			
20.5.1953		Bruch der FDP/SPD-Koalition wegen Streit über Westbindung		
6.9.1953		Bundestagswahl: CDU in Baden-Württemberg mit absoluter Mehrheit		
7.10.1953	Regierung: CDU, SPD, Dem.VP, BHE	1. Legislaturperiode: 1952/53-1956	Gebhard Müller 2. Ministerpräsident	
11.11.1953	Annahme der Verfassung von Baden-Württemberg (102 von 114 Stimmen)			Forderung der CDU nach Zweikammer-System und Direktwahl

				des Ministerpräsidenten nicht mehrheitsfähig
19.11.1953	Inkrafttreten der Verfassung: Verfassungsgebende Landesversammlung wird Landtag			
1954-1955	"Aufbaugesetze"			
26.7.1954	Finanzausgleichsgesetz			
31.1.1955	Gesetz über Schulgeld und Lernmittelfreiheit			
9.5.1955	Landtagswahlgesetz			
10.10.1955	Landkreisordnung			
7.11.1955	Landesverwaltungsgesetz			
21.11.1955	Polizeigesetz			
Februar 1956	Privatschulgesetz			
4.3.1956		Landtagswahl	CDU 42,6%, SPD 28,9%, FDP 16,6%, BHE 6,3%, KPD 3,2%	5%-Hürde gilt landesweit. KPD nicht im Landtag
30.5.1956		BVG-Urteil: Baden-Frage erneut auf Agenda		
September 1956		Volksbegehren für Abstimmung über Baden erfolgreich		
1956-1960	Regierung: CDU, SPD, FDP, GB/BHE	2. Legislaturperiode	CDU 56, SPD 36, FDP 21, BHE/GB 7	
1.4.1956	Gemeindeordnung			
1957	Kontroverse über konfessionelle Bindung in Volksschullehrerbildung			Kompromiss: 3 der 6 Pädagogischen Hochschulen konfessionell
9.12.1958			Rücktritt Gebhard Müllers	
17.12.1958	Wahl Kiesingers als Ministerpräsident		Kurt Georg Kiesinger 3. Ministerpräsident	
1.12.1958		Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Ludwigsburg		
1960-1964	Regierung: CDU, FDP, GB/BHE	3. Legislaturperiode	CDU 52, SPD 44, FDP 18, BHE/GB 7	
1961	Neues Landtags-Gebäude			
Oktober 1963	Kontroverse um Schiffbarmachung des Hochrheins		Kiesinger als "Retter des Bodensees"	
1964-1968		4. Legislaturperiode	CDU 59, SPD 47, FDP 14	BHE geht z.T. in CDU auf
1964-1966	Regierung: CDU, FDP			
1964		Beginn der Bildungsoffensive: Neugründung /		1966: Uni Konstanz

		Expansion der Universitäten		
1966/1967	Schulentwicklungsplan I	Mittelpunktschulen statt Zwergschulen		Bis 1978 90 neue Gymnasien, 174 neue Realschulen
1.12.1966			Kiesinger wird Bundeskanzler	
12.12.1966	Einigung CDU / SPD über Regierungsbildung		4 Ministerien an SPD	CDU gesteht Simultanschule in Südwürttemberg zu
16.12.1966	Neuwahl des Ministerpräsidenten		Hans Filbinger 4. Ministerpräsident	Starker Ausbau des Staatsministeriums
1967-1973	Gemeindegebietsreform	1.111 statt 3.379 Gemeinden		1.1.1975: Letzte Zwangseingemeindungen
1968		Studentenunruhen besonders heftig in Heidelberg und Konstanz		
28.4.1968		Landtagswahl	CDU 44,2%, SPD 29,0%, FDP 14,4%, NPD 9,8%	NPD erstmals im Landtag
1968-1972	Regierung: CDU, SPD	5. Legislaturperiode	CDU 60, SPD 37, FDP 18, NPD 12	SPD: weiter in Großer Koalition gegen Mitgliedervotum
1968-1971	Schulentwicklungsplan II	Ausbau der beruflichen Schulen, des Dualen Systems, der fachlichen Gymnasien		
7.6.1970		Volksabstimmung zu Baden-Frage: 81,93% für vereintes BW		
1971	Anhebung der Ingenieur-Schulen zu FHs			
Juli 1971	Verwaltungsreform	35 statt 63 Landkreise		Kompromiss: Regionalverbände und Regierungsbezirke
Januar 1972		Radikalen-Erlass auf Bundesebene	In Baden-Württemberg als „Schiess-Erlass“ (nach Innenminister Karl Schiess)	In BW Regelanfrage wegen Verfassungstreue bis 1994
23.4.1972		Landtagswahl	CDU 52,9%, SPD 37,6%, FDP 8,9%	CDU fortan bestimmende Kraft
Mai 1972		RAF-Anschläge in Karlsruhe und Heidelberg		
1972-1976	Regierung: CDU	6. Legislaturperiode	CDU 65, SPD 45, FDP 10	
Herbst 1973		Ölpreisschock. Ausbau von Atomkraft als Antwort		

1973		Pläne für AKW Wyhl. Nach Konflikten 1983 Projekt aufgegeben		
1976-1980	Regierung: CDU	7. Legislaturperiode	CDU 71, SPD 41, FDP 9	Ausbau der absoluten CDU- Mehrheit
7.4.1972		RAF-Terroristen ermorden Generalbundesanwalt Siegfried Buback		
5.9./18.10. 1977		Entführung / Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hans-Martin Schleyer durch RAF		
18.10.1977		Selbstmord der RAF- Terroristen in Stammheim		
20.10.1977			Rücktritt von Justizminister Traugott Bender wegen Sicherheitslücken	
1977-1978			Kultusminister Wilhelm Hahn zu Amtsverzicht gezwungen	Kultusministerium geteilt in Ressorts Kultus/Sport und Wissenschaft/ Kunst
Februar 1978	Erwin Teufel CDU- Fraktionsvorsitzender		Lothar Späth Innenminister	
Februar- August 1978		Presskampagne gegen Filbinger wegen Tätigkeit als Marinerichter	7.8.1978: Rücktritt Filbingers	
30.8.1978	Neuwahl des Ministerpräsidenten		Lothar Späth 5. Ministerpräsident	
1979	Einführung des Landes- Elterngeldes			
1980-1984	Regierung: CDU	8. Legislaturperiode	CDU 68, SPD 40, FDP 10, Grüne 6	Erstmals Grüne im Landtag. Realo- Flügel stark
1982-1985	Staatliche Wirtschaftsförderung	Gründung von Technologiefabriken		
1984-1988	Regierung: CDU	9. Legislaturperiode	CDU 68, SPD 41, FDP 8, Grüne 9	Ziel: Entprovinziali- ierung
1985	Plan zur Bankenfusion verkündet			
1986	Gründung der Führungsakademie BW in Karlsruhe			
1987	Einrichtung eines Umweltministeriums			
1987	Gründung: Haus der Geschichte			
März 1987		Medienstaatsvertrag BW / Rheinland-Pfalz		
1988-1992	Regierung: CDU	10. Legislaturperiode	CDU 66, SPD 42,	

			FDP 7, Grüne 10	
1989		Südwestdeutsche Landesbank entsteht		
1989			Innerparteiliche Rebellion Späths gegen Helmut Kohl scheitert	
1989	Gründung Zentrum für Kunst- und Medientechnologie, Karlsruhe			
1989-1990		Personelle Unterstützung Sachsens durch BW bei Aufbau neuer Strukturen		
1990	Gründung Landesmuseum für Technik und Arbeit, Mannheim			
13.1.1991	Zuspitzung der sog. Traumschiff-Affäre		Rücktritt Lothar Späths	
22.1.1991	Neuwahl des Ministerpräsidenten		Erwin Teufel 6. Ministerpräsident	5 Ja-Stimmen aus Opposition
5.4.1992		Landtagswahl	CDU 39,6%, SPD 29,4%, REP 10,9%, Grüne 9,5%, FDP 5,9%	Erstmals Republikaner im Landtag
1992-1996	Regierung: CDU, SPD	11. Legislaturperiode	CDU 64, SPD 46, FDP 8, Grüne 13, REP 15	Zweite Große Koalition
1994		45% der ausländischen Investitionen in BW		
1994	Regionalverband Stuttgart erhält eigenes Parlament			
1994-1995	Verwaltungsreform			Behörden z.T. auf Kommunen übertragen
1995	Länderfinanzausgleich als Kontroversthemata fortan			2,8 Mrd. DM aus BW
1995	Verfassungsreform			Fünfjährige Legislaturperiode, Umweltschutz als Staatsziel
24.3.1996		Landtagswahl	CDU 41,3%, SPD 25,1%, FDP 9,6%, Grüne 12,1%, REP 9,1%	SPD betreibt populistischen Wahlkampf
1996-2001	Regierung: CDU, FDP	12. Legislaturperiode	CDU 69, SPD 39, FDP 14, Grüne 19, REP 14	